

Dr. Heiko Heinrich Stutzke und Wiebke Brüssel
mail@das-strategiebuero.de

Oktober 2026

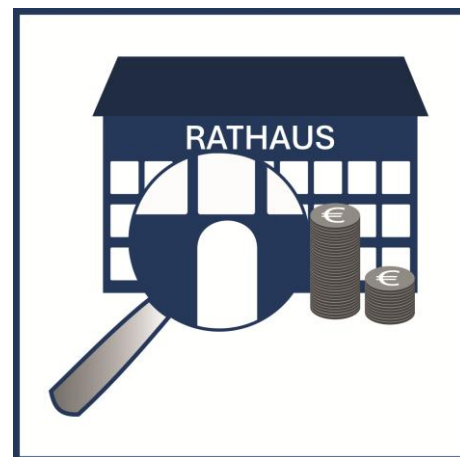
Download:

Diesen Beitrag können Sie auf unserer Homepage im Bereich „Strategie-Impulse“ als PDF-Datei herunterladen.

Der transparente Staat

„Made in Germany“. Diese Information auf einem Produkt gilt seit mehr als 100 Jahren als Gütesiegel und wird seither verbunden mit Ingenieurskunst, Zuverlässigkeit und hoher Qualität.¹ Deutschland punktet dabei auch mit einem Preis-Leistungs-Verhältnis, das die Produkte auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig macht. Letztlich ist dies auch der Schlüssel für den Erfolg.

Damit das gelingt, müssen die Unternehmen ihre Organisation so aufbauen, dass die Mitarbeitenden Höchstleistungen erbringen können, die Produktivität stimmt und auch die Profitabilität sichergestellt ist. Moderne Managementstrukturen und gute, auch interdisziplinäre Zusammenarbeit sind hierfür unerlässliche Voraussetzung, ebenso aber auch die Transparenz, wofür Finanzmittel eingesetzt werden. Ein System, das sich bewährt hat.



Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen haben wir uns gefragt, warum nicht auch unsere Regierung und die Öffentliche Verwaltung mehr wie ein Unternehmen geführt werden können.

Dies gilt insbesondere für eine umfassende Transparenz, wie sie Shareholdern oder Aufsichtsräten zur Verfügung steht. Auf Deutschland bezogen, sind das die Bürgerinnen und Bürger, die eine Möglichkeit haben sollten, sich leicht über alle Projekte, Reformen, Subventionen und all die anderen Ausgaben des Staates zu informieren. Wenn man zum Beispiel direkt abrufen könnte, welche Maßnahmen im eigenen Umfeld laufen oder geplant sind und wie viel Geld dafür ausgegeben wird, um das Leben der Menschen zu verbessern, wäre das ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer Demokratie. Die Arbeit der Politik würde vor Ort nachvollziehbar.

¹ Im Jahr 2025 ermittelte das Nürnberg Institut für Marktentscheidungen in einer repräsentativen Umfrage, dass die Bezeichnung „Made in Germany“ zusammen mit „Made in Switzerland“ international das größte Vertrauen genießen. Vgl. <https://www.nim.org/presse/artikel/made-in-labels-wie-konsumenten-die-made-in-kennzeichnungen-wahrnehmen>.

Das Problem

In den letzten Jahren ist bei vielen Menschen das Gefühl entstanden, dass die „Bürgernähe“ der Regierung, aber auch der Behörden und Institutionen zurückgeht: *„Der Staat entfernt sich von den Bürgern.“* Dabei sollte doch eigentlich das Gegenteil der Fall sein.

Die Ursachen sind vielfältig und reichen von Themen wie Sicherheit oder Migration bis zu Kürzungen von Leistungen, welche die Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern beeinflussen. Hinzu kommen Versäumnisse bei der Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung, wodurch Ineffizienzen und lange Bearbeitungszeiten entstehen.

Letztlich kann hieraus die Aussage *„Die Politik tut nichts für uns“* entstehen und zum Erstarken von politischen Parteien am linken oder rechten Rand führen. Zweifellos trägt dazu auch der Bedeutungsverlust journalistisch aufbereiteter Nachrichten zugunsten diverser Social Media-Kanäle bei, die Extrempositionen bevorzugen. Die letzten Wahlen haben gezeigt, wohin das führt.

Hinzu kommt, dass auch der Umgang der Politik mit den gegenwärtigen nationalen und internationalen Herausforderungen eine gewichtige Rolle spielt, zum Beispiel mit

- steigenden Preisen,
- der schwierigen Finanzierung von Rente, Pflege und medizinischer Versorgung,
- teurem Wohnraum,
- fehlenden Mitteln für die Instandhaltung der Infrastruktur,
- dem Krieg in Europa,
- der Veränderung der Beziehungen zu den USA oder
- den Auswirkungen der Konflikte im Nahen Osten.

Jede einzelne von ihnen wirkt sich direkt oder indirekt auf die Lebenswirklichkeit der Menschen aus. In der Summe entsteht so der Eindruck vielfältiger Bedrohungen unseres Wohlstands oder unseres Lebensstils. Demgegenüber steht das Gefühl, dass der Staat lediglich reagiert, aber keinen Plan hat, um die wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen umsichtig anzugehen.

Tatsächlich können diese subjektiven Wahrnehmungen der Menschen durch Zahlen belegt werden: Eine im Juli 2026 erschienene **Forsa-Umfrage**² für den Deutschen Beamtenbund dbb berichtete, dass nur noch 17 % der Bürger glauben, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Drei Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 27 % und bewegte sich seitdem kontinuierlich abwärts. Eine **INSA-Umfrage**³ kam im März 2026 mit einer etwas anderen Fragestellung zu einem ganz ähnlichen Ergebnis: Demnach haben 56 % der Deutschen das Vertrauen in die Politik komplett verloren; nur 30 % widersprechen dieser Aussage.

Damit wird deutlich, dass eine zentrale Orientierungshilfe fehlt: Es gibt keine erkennbare und in der Bevölkerung kommunizierte Strategie, wohin Deutschland sich zukünftig entwickeln soll. Jedenfalls keine, die uns bekannt wäre.

2 Vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-07/vertrauen-staat-forsta-umfrage-deutscher-beamtenbund>

3 Vgl. <https://www.idea.de/artikel/absolute-mehrheit-hat-das-vertrauen-in-die-politik-komplett-verloren>

Zum Vergleich: Gut geführte Unternehmen haben eine Beschreibung von Mission und Vision, und davon ausgehend detaillierte Planungen, wie die Herausforderungen und die Chancen der Zukunft genutzt werden können. **Auf Deutschland bezogen, würde es also idealerweise einen so guten Plan geben, dass die Mehrzahl der Menschen gern und aktiv an seiner Verwirklichung mitarbeiten würde.**

Insgesamt ist also bereits ein gesellschaftlicher Stimmungswandel entstanden.

Dies wirft Fragen auf ...

Ist es tatsächlich so, dass die politische Mitte keine überzeugenden Antworten mehr auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger liefert?

Liegt eine wesentliche Ursache des Stimmungswandels nicht darin, dass einerseits die Arbeit der Politik und andererseits die daraus entstehenden Ergebnisse nicht oder nur unzureichend an die Bürgerinnen und Bürger kommuniziert werden? Das kann jede und jeder von uns direkt mit der Frage überprüfen: **Wie viel weiß ich eigentlich über die Projekte, die Reformen und die finanziellen Aufwendungen des Staates - auch in ihren Wirkungen für mein eigenes Umfeld? Was passiert mit den Steuergeldern?**

Wir können uns gut vorstellen, dass viele Menschen die erste Frage mit einem einzigen Wort beantworten: Nichts.

Politik für die Menschen vor Ort ist außerhalb von Wahlterminen über lange Zeiträume schlicht nicht bzw. nicht ausreichend „sichtbar“: Es gibt praktisch keine durchgängigen und konsistenten Informationen über die Aktivitäten unterhalb der Bundesebene, also der Länder, der Kommunen oder der Gemeinden. Vorhandene Informationsmöglichkeiten sind fragmentiert und erlauben nicht, sie zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen bzw. von dort in die Detailebenen zu zoomen.

Was ist zu tun?

Wir haben bei vielen Diskussionen über Beteiligungsmöglichkeiten und den Zustand unserer Gesellschaft aufgenommen, dass zur Stärkung unserer Demokratie andere Instrumente erforderlich sind als diejenigen, mit denen heute Politik gemacht wird. Dabei geht es auch um die Beantwortung der folgenden Fragen:

„Was tut die Politik für mich und mein unmittelbares Lebensumfeld?“ „Wofür werden unsere Steuern und Abgaben verwendet?“

Was gibt es hierfür schon?

Das Portal „Bundeshaushalt digital“⁴ stellt auf Bundesebene eine detaillierte Übersicht bereit, über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes nach verschiedenen Kriterien und in mehreren Detailstufen dargestellt werden können. Wir haben sie getestet und festgestellt, dass sie leider nicht besonders benutzerfreundlich ist und an diversen Stellen in unserem Browser „hakte“. Ein großer Nachteil ist ebenso, dass die Länderebene und weitere regionale Detailstufen nicht vorhanden sind.

Transparenzportale der Länder gibt es, aber sie sind weder einheitlich noch unter einer gemeinsamen Adresse abrufbar. Es wäre extrem mühsam, auf diese Weise einen Überblick zu bekommen.

Und wir selbst wussten vor der Recherche nicht, dass es das Bundesportal und möglicherweise auch Länderportale überhaupt gibt.

Unser Vorschlag ist eine neu zu entwickelnde **Informationsquelle für Projekte und Investitionen des Staates**, die folgende Kriterien erfüllt:

- Konkrete Information über Projekte in verschiedenen Größenordnungen, von der Reform im ganzen Land bis zu Maßnahmen „vor der eigenen Haustür“.
- Information über die Projektstände, und zwar inhaltlich, aber auch mit finanziellem Überblick.
- Leicht verständliche (einfache) Sprache.
- Verwendung vorhandener Daten.
- Regelmäßige Aktualisierung.

Wie kann so etwas aussehen und zu einem Erfolgsmodell werden?

Im folgenden Abschnitt skizzieren wir einen Vorschlag, mit dem das gelingen könnte.

Eine App für Transparenz und Demokratieförderung

Wir stellen uns folgende Lösung vor: **Eine App, die Menschen auf Ihren Mobiltelefonen, Tablets oder PCs installieren können.** Diese ist so weit wie möglich barrierefrei und verfügt über die folgenden Funktionen und Möglichkeiten:

- 1 Information über alle Ausgabenposten der Bundes- und Landespolitik**, mit Kurz-Erläuterungen der Zwecke, der Finanzierung, und zeitlichen Zielen. Eine Ausnahme bilden Projekte, die der Geheimhaltung unterliegen oder dem Schutz der Inneren Sicherheit dienen.
- 2 Die Anmeldung kann zum Beispiel über die Steuernummer oder die EU-Wallet „d-you“ erfolgen.** Einen sicheren Weg für den Informationszugang zu entwickeln, sollte nicht schwer ein.

⁴ Vgl. <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>

3	Möglichkeiten, vom „Großen ins Kleine“ zu zoomen: • Auf der obersten Ebene werden die großen Posten der Bundespolitik dargestellt, zum Beispiel die aktuellen Reformen. Von dort kann in mehreren Stufen in immer feinere Verästelungen gezoomt werden, um Detailinformationen zu einem Projekt zu bekommen. • Auch in Projekte auf Ebene der Bundesländer kann „gezoomt“ werden. Zwei weitere Detailstufen umfassen Städte, Landkreise, einzelne Regionen oder sogar Quartiere. • Ausgewählt werden können Themen (Bildung, Mobilität, Umwelt, Kultur, Verbraucherschutz, ...) oder Regionen.
4	Auf jeder Detailstufe gibt es Informationen über Projekte, Zielgruppen, Finanzierung, Umsetzungsstand und Perspektive.
5	Die aktuelle Zielerreichung zu Projekten wird als einfaches Ampelmodell in rot, gelb und grün dargestellt, jeweils mit der Perspektive für den nächsten und übernächsten Berichtszeitraum.
6	Um automatisch die Position zu bestimmen und Projekte bzw. Maßnahmen vor Ort zu zeigen, kann die GPS-Funktion des Mobilgerätes genutzt werden. Alternativ kann zum Beispiel die PLZ eingegeben werden, um eine Region auszuwählen.
7	Über ein Menü können verschiedene Optionen individuell gewählt werden, zum Beispiel „Einfache Sprache“ (hier kann gegebenenfalls Künstliche Intelligenz unterstützen.), eine bevorzugte Region oder bestimmte Projekte bzw. finanzielle Ausgaben.
8	Neuigkeiten im ausgewählten Gebiet oder zu einem Thema werden durch Push-Nachrichten signalisiert, müssen also nicht aktiv durch Starten der App gesucht werden.
9	Die Inhalte der App werden regelmäßig (monatlich oder quartalsweise) aktualisiert. Zu jedem Projekt wird die Information mitgegeben, wann die nächste Aktualisierung erfolgt. Nach der Aktualisierung erfolgt in der App eine entsprechende Mitteilung.
10	Die Information über die App und ihre Möglichkeiten erfolgt durch einen QR-Code, der in Gemeinden, an öffentlichen Plätzen, in Schulen etc. als Plakat aufgehängt wird.
11	Es gibt Wahlmöglichkeiten für verschiedene Sprachen, um auch Mitbürger zu erreichen, die nicht gut deutsch sprechen.

Entwickelt werden könnte die App zum Beispiel im Rahmen eines Universitätsprojektes und in enger Abstimmung mit Bürgern und Politik.

Es ist klar, dass mit einer App nicht alle Menschen erreicht werden: Manche haben kein Smartphone oder keine Internetverbindung, und es gibt andere Gründe, die dazu führen, dass die App nicht genutzt wird oder nicht genutzt werden kann. Auf der anderen Seite gehört das Mobiltelefon heute zum Alltag der meisten Menschen - siehe Anwendungen wie die Elektronische Patientenakte, den Digitalen Fahrzeugschein oder die kommende EU-Wallet (in Deutschland „d-you“).

Vorteile

Auch wenn zunächst vielleicht nur ein Teil der App-Funktionen realisiert wird, wäre sie ein Instrument, das eine zentrale Bedeutung für die Politik und die Stärkung der Demokratie vor Ort haben könnte. **Sie hätte eine Reihe von Vorteilen:**

- Apps entsprechen der Lebenswirklichkeit der Menschen und können ohne weitere Investitionen installiert und genutzt werden.
- Wenn die Menschen auf diese Weise erkennen können, was in ihrer Region bzw. in ihrem Lebensumfeld durch die Politik für sie getan wird, kann das nur gut sein für die Demokratie und die Stärkung der politischen Mitte. Politik ist keine „Black Box“ mehr.
- Die App würde allein durch die umfassende Transparenz eine Lenkungswirkung für die Politik entwickeln.
- Heute bereits vorhandene Transparenzberichte (zum Beispiel „Bundeshaushalt digital“ oder von Ressorts der Öffentlichen Verwaltung) könnten von Anfang an integriert werden und so helfen, den Aufwand zu reduzieren.
- Regelmäßige Berichte über Steuerverschwendung wären vermutlich überflüssig.

Nachteile und Hindernisse

Aber es gibt auch Hindernisse, die nicht durch die App selbst, aber durch die entstehende Transparenz entstehen könnten:

- Eine provokante Frage, die wir hier einfach in den Raum stellen, lautet: Will der Staat überhaupt eine solche, umfassende Transparenz auf allen Ebenen?
- Wenn die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, Reformen, Maßnahmen und Ausgaben bis ins Detail nachzuvollziehen, ist eine wesentliche Forderung nach Bürgerbeteiligung zweifellos erfüllt. Mündige Bürger werden sich allerdings nicht mit der Lektüre zufriedengeben, sondern sich aktiv beteiligen. Diese Beiträge - die durchaus auch negativen Charakter haben können - müssen aufgenommen, sinnvoll gelenkt und natürlich bearbeitet werden.
- Der Aufwand für die Schaffung und Pflege der App darf nicht unterschätzt werden.

Möglichkeiten für Missbrauch

Es wäre kurzsichtig, anzunehmen, dass die entstehende, leicht zugängliche Daten- und Informationsfülle nicht auch missbraucht werden könnte. Daher gilt es, Datenveröffentlichungen wie schon heute bestimmten Regeln zu unterwerfen, die auch folgende Kriterien umfassen:

- Datenschutz,
- Abfluss von Daten,
- Nutzung von Dateninhalten durch ausländische Mächte und
- Fragen der nationalen Sicherheit.

Die Nutzung der App sollte daher, wie oben bereits erwähnt, mit einer Registrierung verbunden werden.

Trotz der genannten Bedenken überwiegen aus unserer Sicht die Vorteile der entstehenden Transparenz, insbesondere im Sinne der Demokratiestärkung. Dies setzt natürlich voraus, dass für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld die positiven Veränderungen auch tatsächlich erkennbar werden, die in den in der App dargestellten Projekten und Ausgaben beschrieben werden.

Unser Vorschlag für den Start

Wir empfehlen einen Start, der den Bürgerinnen und Bürgern schnell die Möglichkeit gibt, zunächst auf Bundes- und Länderebene zu erkennen, welche Projekte laufen oder geplant sind und welche Ausgaben dafür getätigt werden sollen.

Die technische Struktur der App muss natürlich so ausgelegt werden, dass auch die größeren Strukturen (Bundes-, Länder- und Kommunalebene) ohne weitere Anpassungen abdeckt werden können. Das sähe dann so aus:

- Starten auf Bundes- und Länderebene.
- Möglichst niedrigschwellige Umsetzung.
- Datenlieferung aus vorhandenen Quellen, um den Aufwand zu minimieren.
- Schrittweise Integrieren aller Ressorts und kleinräumiger Ebenen, also Landkreisen, Gemeinden und Quartiere.
- Gegebenenfalls zunächst Einsatz nur für ein bestimmtes Themenfeld, zum Beispiel Sozial-, Verkehrs- oder Bildungsprojekte.

Fazit

Mit einer „Transparenz-App“ für alle Ausgabenpositionen und inhaltlichen Erläuterungen in verständlicher Sprache könnte der Staat eine wichtige Lücke füllen und die Sorgen und Fragen der Menschen zu seiner Tätigkeit mit Fakten beantworten. Natürlich würden hierdurch viele neue Diskussionen entstehen, aber insgesamt würde unser Staatswesen gestärkt und das Vertrauen der Menschen in den Staat gestärkt. Letztlich haben die Steuerzahlenden - also die Geldgeber - einen Anspruch auf detaillierte Informationen, wie das Geld verwendet wird. Und ganz ehrlich: Wir selbst interessieren uns ebenfalls dafür.

Wenn unsere Idee sich in Wirklichkeit verwandelt, finden Marketing-Experten bestimmt eine piffigen Namen für die App, der die Menschen anspricht und zur Nutzung ermutigt.

Redaktionelle Hinweise

Über die Autoren

Dr. Heiko Heinrich Stutzke und Wiebke Brüssel sind Geschäftsführende Gesellschafter des Strategiebüros.

Wir strukturieren und moderieren Planungs- und Veränderungsprozesse - einschließlich Vorbereitung und Dokumentation. Von einer einzelnen Fragestellung bis zur Strategischen Unternehmensplanung. Unsere Kunden sind Unternehmen und Organisationen im privaten, sozialen und öffentlichen Bereich, Firmen am Anfang ihrer Entwicklung und Gründer.

Hinweis zur verwendeten Sprache

Sprachliche Grundlage für unsere Beiträge ist das amtliche Regelwerk des Rates für deutsche Rechtschreibung. Wir sprechen alle Menschen an.

Alle Inhalte dieses Beitrags wurden ohne Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) erstellt.

Lobbyregister

Das Strategiebüro ist unter der Kontonummer K4126147 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.

Nutzungsrechte

Alle Rechte für unsere Beiträge und die verwendeten Bilder liegen, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, bei der Das Strategiebüro GbR.

Wir freuen uns, wenn Sie Beiträge und Bilder für Ihre persönliche (ausschließlich private) Information nutzen, sie zitieren oder verlinken. Wenn Sie unsere Beiträge, Bilder oder andere Inhalte jedoch außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ganz oder teilweise für gewerbliche oder hoheitliche Zwecke verwenden, in elektronische Medien einstellen oder weitergeben wollen, bitten wir Sie, hierfür unsere schriftliche Genehmigung einzuholen.

Die Nutzung für Text- und Data Mining im Sinne von §44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

